A8 Trauer ist Politisch - Für eine konsequente Unterstützung der Trauerarbeit

Antragsteller*in: Daniel Stefan Christmann
Tagesordnungspunkt: 7 V-Anträge

Antragstext

Die Grüne Jugend Baden-Württemberg fordert eine verlässliche und dauerhafte Finanzierung von Angeboten der Trauerbegleitung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im gesamten Bundesland.

Wir fordern die grüne Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass:

1. **Landesweite Förderstrukturen geschaffen werden:** Kommunen dürfen bei der Finanzierung dieser überlebenswichtigen, oft als „freiwillige Leistungen“ eingestuften Angebote nicht alleingelassen werden. Es braucht einen Rettungsschirm für präventive Jugendarbeit und Krisenintervention, um bestehende Angebote vor den aktuellen Haushaltskürzungen zu bewahren.

2. **Niederschwellige Hilfen ausgebaut werden:** Angesichts monate- bis jahrelanger Wartezeiten auf reguläre Therapieplätze muss die Trauerbegleitung als sofort verfügbare, stabilisierende Maßnahme flächendeckend anerkannt und gefördert werden.

3. **Kommunalpolitische Prioritäten neu gesetzt werden:** Wir rufen alle grünen Kommunal- und Kreistagsfraktionen in Baden-Württemberg dazu auf, Kürzungen bei der psychologischen Begleitung junger Menschen konsequent abzulehnen.

4. Zahlungen der Krankenkassen müssen sofort gewährt werden. Auch das erste Jahr muss Gefördert werden.

5. Die Hürden für eine Hospizfachkraft müssen gesenkt werden

Einfache Sprache

Hilfe für junge Menschen in Trauer: Forderungen

der Grünen Jugend

Viele junge Menschen erleben einen schweren Schicksalsschlag, zum Beispiel den Tod eines Elternteils. In dieser schweren Zeit brauchen sie Hilfe. Die Grüne Jugend Baden-Württemberg fordert, dass diese Hilfe sicher und kostenlos bleibt.

Was wir fordern:

- **Sicheres Geld vom Land:** Angebote für trauernde Kinder und Jugendliche dürfen nicht geschlossen werden, nur weil die Städte sparen müssen. Das Land Baden-Württemberg soll einen „Rettungsschirm“ bauen, damit diese Hilfe immer bezahlt wird.

- **Schnelle Hilfe ohne Wartezeit:** Wer einen Therapieplatz sucht, muss oft monatelang warten. Trauerbegleitung hilft sofort. Deshalb muss es diese Angebote überall im Bundesland geben.

- **Keine Kürzungen vor Ort:** Grüne Politiker in den Städten und Landkreisen sollen verhindern, dass bei der psychologischen Hilfe für junge Menschen gespart wird.

- **Geld von den Krankenkassen:** Die Krankenkassen müssen sofort bezahlen – auch schon im ersten Jahr, wenn eine neue Gruppe gegründet wird.

- **Leichtere Regeln:** Es muss einfacher werden, Fachkraft für Hospizarbeit zu werden, damit es genug Personal gibt.

Warum ist das wichtig? (Die Begründung)

1. Es gibt eine Krise der psychischen Gesundheit Junge Menschen warten viel zu lange auf einen Therapieplatz – manchmal über ein Jahr. In dieser Zeit fühlen sie sich allein gelassen. Trauerbegleitung hilft sofort. Sie gibt Halt und kann sogar Leben retten, weil sie schwere Depressionen verhindert.

2. Sparen ist an dieser Stelle falsch Ein Beispiel aus Ludwigsburg zeigt: Die Hilfe kostet pro Bürger nur 13 Cent im Jahr. Das ist sehr wenig Geld für eine so wichtige Aufgabe. Wenn wir jetzt sparen, entstehen später viel höhere Kosten, zum Beispiel durch teure Behandlungen im Krankenhaus oder weil Menschen später

nicht arbeiten können.

3. Zu viele Hindernisse für Vereine Wer eine neue Hospizgruppe gründet, braucht momentan etwa 100.000 Euro Startkapital. Das Geld von den Krankenkassen kommt oft erst nach anderthalb Jahren. Das können sich viele Vereine nicht leisten. Außerdem sind die Regeln für das Personal zu streng. Deshalb müssen viele Gruppen schließen.

Unser Fazit: Psychische Gesundheit ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Wir dürfen nicht bei den Menschen sparen, denen es am schlechtesten geht. Die Hilfe für trauernde junge Menschen muss in ganz Baden-Württemberg sicher sein.

Begründung

Wir befinden uns in einer mentalen Gesundheitskrise. Wer heute als junger Mensch einen Schicksalsschlag erleidet und therapeutische Hilfe sucht, wartet scheiße lang auf einen Therapieplatz. Ich zum Beispiel musste über ein Jahr warten, nachdem mein Vater gestorben ist. In der wahrscheinlich schwersten Zeit ihres Lebens werden junge Menschen allein gelassen.

Hier leisten regionale Angebote der Trauerbegleitung unverzichtbare Arbeit. Sie sind ein extrem niederschwelliges Angebot, das sofort greift. Diese Begleitung gibt in Akutsituationen Halt, bringt Stabilität in den Alltag zurück, verhindert das Abrutschen in schwere Depressionen und rettet im Zweifel durch Suizidprävention Leben.

Trotz dieser enormen Bedeutung stehen genau diese Projekte derzeit massiv auf der Kippe. Ein Beispiel aus dem Landkreis Ludwigsburg zeigt die die Situation momentan: Dort wird die Trauerbegleitung für junge Menschen aktuell mit 72.000 Euro pro Jahr bezuschusst. Heruntergerechnet sind das gerade einmal **13 Cent pro Bürger*in im Jahr**.

13 Cent, die über Stabilität oder Absturz entscheiden.

Es ist sowohl menschlich als auch volkswirtschaftlich fatal, an dieser Stelle zu sparen. Die Folgekosten, die unserem Gesundheitssystem und unserer Gesellschaft entstehen, wenn wir nichts tun – durch stationäre Aufenthalte, langfristige Arbeitsausfälle oder chronische Erkrankungen –, sind um ein Vielfaches höher als die Kosten für eine flächendeckende, funktionierende Trauerbegleitung.

Doch auch auf der Verwaltungsseite in der Hospiz gibt es große Probleme. Hospizarbeit wird von den Krankenkassen abgerechnet. Aber nur, wenn man 15 Ehrenamtliche und eine 50% vorweisen kann. Und das erste Jahr muss aus eigenen Mitteln finanziert werden. So weit so gut. Aber die Zuschüsse gibt es erst nach 1,5 Jahren. Das heißt man braucht 100.000€ um eine Hospizgruppe zu starten. Das können sich viele Organisationen einfach nicht leisten.

Darüber hinaus verschärfen die Krankenkassen die Anforderungen an Hospizfachkräfte. Dadurch finden selbst

Organisationen, die das Geld dafür haben keinen Nachfolger mehr und bestehende Gruppen müssen schließen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die Haushaltskrise auf dem Rücken der vulnerabelsten Gruppen ausgetragen wird. Mentale Gesundheit ist keine freiwillige Leistung, sie ist eine absolute Notwendigkeit. Wir fordern deshalb die bedingungslose Absicherung dieser Angebote in ganz Baden-Württemberg.